

Mehr als nur Applaus? - Gute Arbeit in der Sozialwirtschaft - Wie ist die Lage in der Pflege

Online-Veranstaltung, 15. April 2021

Bis zur Corona-Krise fristete die Sozialwirtschaft eher ein Schattendasein in der öffentlichen Wahrnehmung. Gemessen an der Anzahl der Arbeitskräfte und der Wertschöpfung ist sie allerdings mit über sieben Prozent Anteil an der deutschen Wirtschaftsleistung und 4,4 Millionen Beschäftigten (elf Prozent aller Erwerbstätigen insgesamt) ein großer Faktor. Auch die Wahrnehmung hat sich geändert: Die in der Sozialwirtschaft tätigen Menschen leisten einen zentralen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, wie derzeit wegen der Pandemie sehr deutlich wird. Für kurze Zeit standen im letzten Jahr die Beschäftigten aus der Gesundheits- und Pflegebranche daher sogar im Fokus der Öffentlichkeit und wurden als Held_innen beklatscht. Es wurde in der Folge viel über eine bessere Anerkennung der Beschäftigten und auch über eine angemessenere Bezahlung gesprochen, da man jetzt sehe, wer wirklich systemrelevant sei. Das hat sich seit der ersten Corona-Welle allerdings schon wieder geändert: Kaum jemand redet derzeit noch von der Notwendigkeit einer systemisch höheren Bezahlung und Diskussionen um Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen und Tariftreuregelungen zeigen vor allem, wie schwierig diese durchzusetzen sind. Die Vielfalt der Sozialwirtschaft in Deutschland ist enorm. Von privaten, profitorientierten Unternehmen bis hin zu gemeinwohlorientierten Wohlfahrtsverbänden oder staatlichen Einrichtungen umfasst die Sozialwirtschaft eine Vielzahl von Akteuren mit höchst unterschiedlichen Grundsätzen und Ansprüchen. Gemeinwohlorientierte Wohlfahrtsverbände müssen sich dabei gegen profitorientierte Unternehmen behaupten. Gerade vor diesem Hintergrund spielt aber die Festlegung allgemeingültiger, qualitativ hochwertiger Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber eine hervorgehobene Rolle.

Um über die Arbeit in der Sozialwirtschaft ins Gespräch zu kommen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem AWO Bezirksverband Weser-Ems am 15.04.2021 zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel *Mehr als nur Applaus? – Gute Arbeit in der Sozialwirtschaft – Wie ist die Lage in der Pflege?* eingeladen.

Bevor wir die verschiedenen Perspektiven zum Themengebiet erörterten, begrüßten Stephan Meuser, Leiter des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen und Angelika Tumuschat-Bruhn, Vorsitzende der AWO Niedersachsen Landesarbeitsgemeinschaft, das zahlreiche Publikum und stellten die verschiedenen Referent_innen und die Moderatorin des Abends vor sowie leiteten beide kurz in die Thematik ein. Hierbei unterstrichen sie unter anderem die aktuell schwierige Situation in der Pflege. So habe es innerhalb der Pflege trotz einer hohen gesellschaftlichen Relevanz und bisher jedoch noch zu keiner Verbesserung geführt. Es wurde hier ausgeführt, dass die Pflegeberufe nicht die notwendige Anerkennung und die Verbesserung der aktuellen Lage erhalten, welche sie eigentlich durch Instrumente wie Tarifverträge verdient hätten. Ursächlich sei hier unter anderem nach Meuser die Zielsetzung der Profitorientierung, welche falsche Anreize für das Gemeinwohl setze.

Nach der Einleitung vertiefte Daniela Behrens, Gesundheitsministerin Niedersachsens, die Thematik. Frau Behrens betonte hierbei die stetige Debatte, welche seit Jahren im Bereich der Pflege geführt werde und dass die Corona-Pandemie umso mehr aufzeige, wo die Fehler in der Sozialwirtschaft liegen. Um jedoch aufzuzeigen, inwiefern die Politik in Niedersachsen etwas an diesem Status quo ändern möchte, zeigte Frau Behrens den landespolitischen Plan auf. Hier legte sie unter anderem die Ergebnisse der ‚Konzertierten Aktion Pflege Niedersachsen‘ dar und zeigte grundsätzlichen Maßnahmen auf. Diese sind unter anderem der bessere Verdienst, bessere Arbeitsbedingungen von Pflegekräften in Niedersachsen, die Verbesserung der Leistungen in der ambulanten Pflege, die Stärkung der Tarifbindung in der Pflege, die Einführung von innovativen Ansätzen zur Versorgung von Pflegebedürftigen und die Verbesserung bzw. Erleichterung der Suche nach freien Pflegeplätzen.

Im Anschluss an den landespolitischen Ausblick betrachtete Dr. Heinz Rothgang die Situation der Pflege aus wissenschaftlicher Perspektive. Er zeigte unter anderem mittels eines neu entwickelten Personalbemessungsverfahrens auf, wie viele Arbeitsplätze und in welcher Qualität in der Pflege noch notwendig sind, um eine angemessene Pflege sicherstellen zu können. So kommt er auf ca. 36% Mehrbedarf an Personal in der Pflege. Hier betonte Herr Dr. Rothgang jedoch, dass weniger bei den Fachkräften ein Personalmangel vorherrsche, sondern eher bei den Assistenzkräften. Der öffentliche Ruf nach Fachkräften würde nach Herrn Dr. Rothgang dadurch entstehen, dass viel zu häufig Fachkraftressourcen in der notwendigen Arbeit von Assistenzkräften verbraucht werden. Er schlussfolgerte, dass eine Aufstockung des Personals mit der Gießkanne wenig Erfolg verspreche, sondern es sei wichtiger, die Organisationsentwicklung zu verbessern, damit Fachkräfte entsprechend ihrer Qualifikation Aufgaben erfüllen können. Darüber hinaus müsse in der Pflege Planungssicherheit für die endgültige und bessere Pflege geschaffen werden, damit schrittweise eine Verbesserung der Lage in der Pflege stattfinden könne.

Dr. Harald Groth führte im Anschluss noch die Notwendigkeit der Beachtung der ambulanten Pflege sowie der sozialen Verträglichkeit aus. So warnte er, dass man aufpassen müsse, dass die Debatte in der Pflege nicht nur für die stationäre Pflege

gelte, sondern das auch die ambulante Pflege in den Blick genommen werden müsse. Bezüglich der sozialen Verträglichkeit warnte Herr Dr. Groth, dass eine erhebliche Verbesserung der Pflege auch erhöhte Kosten nach sich ziehe, deshalb fordert er, dass der Eigenanteil reduziert werden müsse und eine Pflegefinanzierung geschaffen werden müsse, welche nicht nur fair, sondern auch als planungssicher gilt.

Daraufhin zeigte Heike Baehrens, Pflegebeauftragte der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, noch die Notwendigkeit der Verbesserung der Personaldecke auf. Sie legte dar, dass ein großes Problem die in den verschiedenen Regionen bestehende Gehaltsunterschiede sind. Durch diese Unterschiede werde das Image von Pflegeberufen stetig beschädigt. Deshalb sollten unter anderem Tarifverträge für Pflegenden ausgearbeitet werden sowie sollten die entsprechenden Pflegekompetenzen vergütet werden, um diesen Mangel zu beheben.

Nach den verschiedenen Beiträgen zum Thema Pflege leitete Frau Cosima Schmitt in die Diskussion über. Es wurde insbesondere darüber diskutiert, wie Berufe in der Pflege attraktiver gestaltet werden können, inwiefern eine Akademisierung der Berufe sinnvoll ist und wie eine Lobby in der Pflege zur Verbesserung geschaffen werden könne.

Herr Groth gab an, um eine Verbesserung in der Pflege zu erhalten, müsse nicht nur die Bezahlung verbessert werden, sondern ebenso müsse das Arbeitsklima und die Rahmenbedingungen stimmen. Hier hob er insbesondere die Urlaubszeiten, die Einsatzzeiten, Überstunden und ein beständig bestehendes Personalproblem hervor. Dieses könne und müsse verbessert werden und würde die Attraktivität der Berufe immens verbessern. Um diese Ziele zu erreichen, merkte Frau Baehrens an, dass die Pflegekräfte politischer werden sollten, sodass ein Bewusstsein für die Probleme in der Gesellschaft geschaffen werden könne. Dies könne dabei zu notwendigen Veränderungen in der Pflege führen. Um auch Akademiker_innen den Zugang zu Stellen in der Pflege zu ermöglichen, sei es nach Herrn Rothgang darüber hinaus sinnvoll, diese in Bereichen der Einrichtungsebene der Organisation, Einführungen von Modellen und Evaluierungen zu platzieren, um neue Debatten anzustoßen und den Grad der Organisation und somit die Effizienz der Arbeit zu verbessern.

Mit der Beleuchtung und der Diskussion der größten Probleme innerhalb der Pflege endete schließlich unsere Veranstaltung, bei welcher Jede/r sicher neue Informationen und Eindrücken gewinnen konnte.